

DER 3. WEG

Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

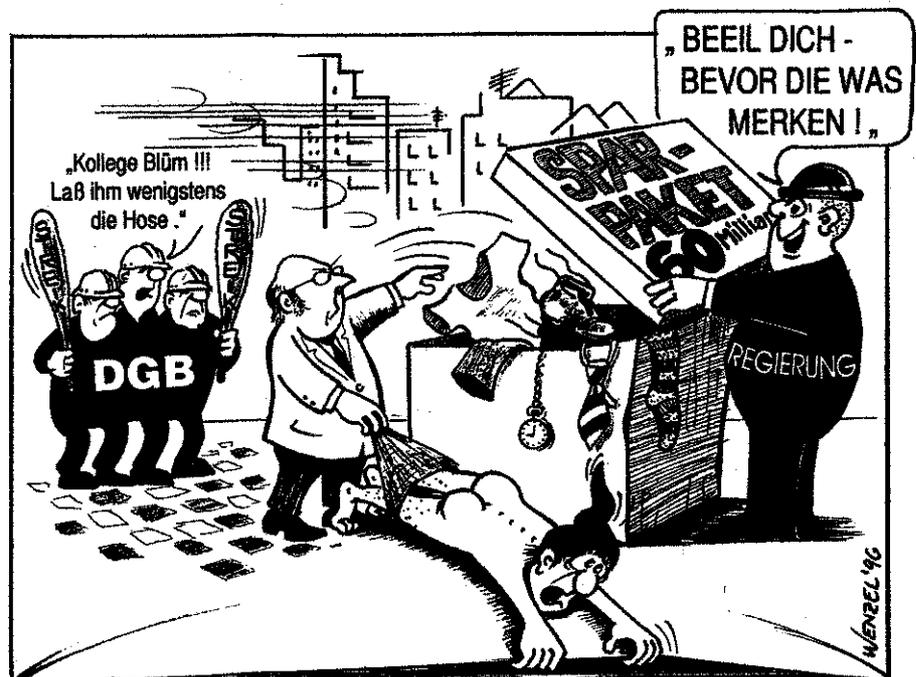
Basis zur demokratischen Vollendung
 der freien und sozialen Marktwirtschaft

Kommentar: Sozialabbau systembedingt	S. 2
Sind die Lohnkosten Ursache der Arbeitslosigkeit?	S. 3
Kreisläufe in der Natur - Kreisläufe in der Wirtschaft? Ansätze für eine ökonomische Ökologie, 2. Teil	S. 5
Ergänzungen II zu „Die Europ. Währungsunion“ 4. Folge	S. 11
Gegen Diktatur - Zum Verhältnis von Demokratie und Freiwirtschaft	S. 17
Konsultationspapier: Was uns bewegt und was wir bewegen wollen	S. 19
Die Würde des Geldes ist unantastbar - wirklich?	S. 21
Mit den Kräften der Natur - Fridtjof Nansen und Silvio Gesell - eine Parallele	S. 25
Offener Brief an den Präsidenten der Deutschen Bundesbank	S. 26
Das „Schwarzbuch der schwarz-goldenen Koalition“	S. 26
Am Anfang war der Wunsch	S. 27
Auch dieser Wahnsinn hat Methode	S. 28
Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“	S. 30
Wir suchen Gesprächs- kontakte	S. 32
Meine Hoffnungen, Erwartungen und Vorschläge an die Theoretiker	S. 34
Klarstellung der Redaktion	S. 35
Leserbriefe	S. 37
Satire: Das gab's noch nicht	S. 38
Impressum	S. 40

Kapitaldienst geht vor Sozialstaat

Monatelang massierte die Regierung die öffentliche Meinung. Fast täglich ließ sie Versuchsballons mit sozialen Grausamkeiten hoch, um sie ganz schnell wieder herunterzuholen, wenn die Proteste zu laut wurden. Ob es die Kürzung des Arbeitslosengeldes war oder die Verschiebung der Rentenerhöhung: Immer mehr startete die Öffentlichkeit auf einzelne Vorschläge und zerstritt sich untereinander. So warfen sich die Betroffenen gegenseitig ein Fehlverhalten vor, was zur Verteuerung des Faktors Arbeit führe. Plötzlich standen die Kranken am Pranger, die freitags und montags zum Arzt gehen; die Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollen und die Sozialhilfeempfänger mit einer „Stütze“, die höher ist als der Lohn von Geringverdienern. Kurzum: Es entstand der Eindruck, als ob die Sozialfledderer das Sozialsystem gefährdeten. Deshalb könne es so nicht mehr weitergehen, der Sozialstaat sei nicht mehr tragbar. Die Seelenmassage hatte Erfolg.

Selbstverständlich wurde auch die Globalisierung der Märkte angeführt, die Staatsverschuldung, die Flut behördlicher Auflagen usw. Das war mehr für die Mächtigen-Intellektuellen gedacht, die sich in den Talkshows produzieren dürfen. All das mit der gleichen Absicht: die wirklichen Ursachen zu verschleiern. So konnte der Kanzler gelassen ans Rednerpult des Bundestages treten und am 26. April das Sparpaket präsentieren. Bündnis für Arbeit? Tot! Die Macht des DGB? Gebrochen! Die Einbindung der Opposition? Gelungen! Ach ja, die hatte ja auch noch Gegenvorschläge: Abbau des Solidaritätszuschlags und Sonderabgaben für Privatvermögen. Das war's dann wohl. So gelang der Abbau des Sozialstaates in dem Maße wie die Kapitalbedienung ausgeweitet wurde. Jetzt ist offenkundig: Kapitaldienst hat Vorrang vor Sozialleistungen. (ws)



ERGÄNZUNGEN II

zu:

Die Europäische Währungsunion - *Ist Kritik daran = DM-Nationalismus?*

4. Folge

- Ein Exkurs über das geltende Bodenrecht als weiteres Hindernis auf dem Weg zu einem gedeihlichen und friedlichen Europa
- Die Rolle der Genossenschaftsbanken in der Auseinandersetzung um den Euro

Von Tristan Abromeit

Anmerkung der Redaktion:

In der **1. Folge** ging es vor allem um den Mißbrauch der Schuld der Deutschen als Durchsetzungsinstrument für die Euro-Währung, sowie um die Abhängigkeit der Gestaltung des demokratischen Unterbaus von der Ausgestaltung der Währungsverfassung und die Probleme der bestehenden Nationalwährungen, die nicht durch die Schaffung einer Superwährung behoben werden. Für die weitere Diskussion wurde ein Merktzettel formuliert.

In der **2. Folge** wurde vom Autor versucht, das langjährige Ringen um Aufklärung der destruktiven Wirkungen der jetzigen Währungsverfassungen anhand persönlicher Erfahrungen aufzuzeigen. Die Freiwirtschaftsschule wird hier als Kritikbasis benannt.

In der **3. Folge** wird aufgezeigt, daß die SPD und ihre politischen Konkurrenten aufgrund von Theoriemängeln ihre Mißerfolge selber produzierten. Auf den Historiker und Publizisten Michael Wolffsohn eingehend, verweist Abromeit auf die Währungsunordnung als eine wesentliche Quelle des Antisemitismus.

In der **4. Folge** wird in einem Exkurs darauf hingewiesen, daß es neben einer Währungsunordnung für Europa und ihre nationalen Gesellschaften einen weiteren Spaltpilz gibt: ein für eine marktwirtschaftliche und friedensstiftende Ordnung untaugliches Bodenrecht.

In der **5. Folge** werden dann Daten für das in der ersten Folge beschriebene Problem des Umtausches von im Ausland befindlichen DM-Noten nachgereicht. Diese können von der Bundesbank nicht kontrolliert werden, folglich werden sie ab dem Zeitpunkt des Umtausches in Euro-Noten inflationierend wirken.

Ein weiteres Thema ist: Darf ein demokratisch verfaßter Staat ohne Volksentscheid, ohne wirkliche Aufklärung, aber mit schönender und desinformierender Propaganda das wirtschaftliche Kommunikationsmittel Währung - das in der Bedeutung gleich nach dem sprachlichen Kommunikationsmittel Muttersprache kommt - austauschen?

4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen

Ignatz Bubis ist nun Immobilienhändler und aufgrund dieser Tatsache ein problematischer Vertreter der Juden.

Wieso? Der Beruf des Immobilienhändlers ist doch genauso ein ehrenwerter Beruf wie vieler andere Berufe auch. Es stimmt, auch wenn sich in dieser Branche sicher viele tummeln, denen eine schnelle Mark wichtiger ist als eine solide Leistung. Wie begründe ich dann meine Einschätzung?

Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (siehe DDW 2/1996)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
- 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
- 1.2 Zusammenfassung / Merktzettel für die weitere Diskussion
Kasten: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (siehe DDW 3/1996)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zu Teil 1 und 2

3. Folge (siehe DDW 4/1996)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte und zwei Nachträge
- 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
- 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden,„
 - 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus

4. Folge (in diesem Heft)

- 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
- 4.3 Die Volksbanken versprechen:
„Wir machen den Weg frei,„
Die Adressaten sollten erwidern:
„So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die 'Bauernfänger',„

5. Folge (erscheint im Juni 1996)

5. Nachträge
-

Das Bodenrecht ist wie das Währungsrecht ein Spaltpilz der Gesellschaften

Es ist in seinem Wirkungszusammenhang sicher für über 90% der BürgerInnen rational nicht durchschaubar, obwohl fast jeden Tag in jeder Zeitung ein Bericht steht, der das Bodenrecht tangiert. Wenn Menschen etwas rational nicht durchschauen, bedeutet das aber noch nicht, daß sie sich kein Urteil bilden. Wenn aber emotional geurteilt wird, dann nimmt man nicht abstrakte Strukturen (mit konkreten Auswirkungen) ins

Neues Bodenrecht für Europa

Visier, sondern hält sich an Personen, an Repräsentanten einer Branche, die problematisch ist. Die Kette, die dann (zu Unrecht) gebildet wird, lautet: Die Makler, die Händler und die Grundstücksgesellschaften sind schuld an der Misere im Bodensektor. Bubis ist ein Repräsentant dieser Branche, und er ist Repräsentant der Juden. Folglich werden dann wieder einmal die Juden als die Schuldigen hingestellt.

Grundstücksmakler wie Banker können vermutlich ihren Geschäften ohne Gewissensbisse nachgehen, weil sie die Problematik mit Hilfe der Politik und Wissenschaft völlig aus ihrem Bewußtsein gestrichen haben.

Spaltpilz Bodenrecht vergiftet auch Europa

Der Hauptgegenstand meiner Darlegungen ist ja die Europäische Währungsunion und die Problematik der bisherigen Währungsverfassungen. Ich wollte aber den anderen großen weltweiten Spaltpilz der Gesellschaften, das fehlerhafte Bodenrecht, nicht ganz ausklammern. Die Person Ignatz Bubis - der ich gefühlsmäßig neutral gegenüberstehe - hat mich dazu angeregt. Aber auch Helmut Kohl, unser Bundeskanzler, der lt. HAZ vom 18. Dezember, der nach dem EU-Gipfel in Madrid in bezug auf die europäische Einigung gesagt hat:

„Es geht um den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand unseres Kontinents.“

Ich halte das für einen Trugschluß, weil kein gesellschaftlicher Spaltpilz durch die Vereinigung, wie sie betrieben wird, überwunden wird.

Ich denke, wenn keine wesentlichen Kurskorrekturen an den europäischen Verträgen mehr erfolgen, dann werden wir das gegenseitige Schlachten und Vergewaltigen, das im ehemaligen Jugoslawien immer noch nicht ganz aufgehört hat, spätestens im ersten Viertel des neuen Jahrhunderts erneut in Gesamteuropa erleben.

Die Menschen werden dann wissen, daß nicht nur die Bösen wie Hitler und Stalin in der Politik Tod und Verderben bringen, sondern daß die destruktive Kraft auch von Menschen wie Helmut Kohl, der bestimmt das Gute will, ausgehen kann. Die Zwangsbefriedung in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (besonders in Bosnien) kann nicht die Lösung

gesellschaftlicher Konflikte bringen, genauso wenig wie die Flucht in die europäische Vereinigung.

Die europäische Vereinigung gäbe es als Zugabe, wenn die Europäer ihre sozial-ökonomischen Hausaufgaben machen würden.

Rüdiger Altmann schreibt in seinem 1960 veröffentlichten Buch „Das Erbe Adenauer“ in dem Schlußkapitel „Eine offene Situation“ davon, daß es sein kann,

„daß die Mittelmäßigkeit sich durchsetzt; daß die Zeit verkungelt und vertan wird; daß man die Augen zumacht. Dann erwarten wir die Wiedervereinigung als großes Los mit kleinem Einsatz. Und wir blinzeln ein bißchen mißtrauisch und ein bißchen vertrauensselig nach Amerika. Es kann sein, daß wir uns damit begnügen, 'kleine Brötchen zu backen'. Daß wir in Europa außenpolitisch Kupfer wechseln und uns an der Hoffnung weiterziehen, die Sowjets wollten den heißen Krieg schließlich doch gar nicht und die Hochkonjunktur bleibe bestehen - für die einen ein guter Profit und für die anderen ein fetter Wohlfahrtsstaat.“

Altmann spricht dann davon, daß die Deutschen ihr Schicksal sinnvoller und zukunftssträchtiger begreifen als bis dahin. Und sein Schlußsatz lautet:

„Dann wird uns - nach den blind geopfertem Hekatomben der vergangenen Jahrzehnte - die Erkenntnis nicht schwerfallen, daß die Zeit neue Opfer kommen wird.“

Vielleicht haben Helmut Kohl und andere „Europäer“ Altmann gelesen oder selber Ähnliches gedacht.

Die Opfer, die eine wirklich neue Zeit, ein befriedetes Europa verlangt, sind aber nicht Nettoszahlungen an die Europäische Union aus der Bundeskasse, sondern die Überwindung von fundamentalen Strukturfehlern in den europäischen Gesellschaften, das setzt die Überwindung von Ideologien und Privilegien voraus.

Diese Opfer zu bringen, sind die „Europäer“ ja nicht bereit, denn sonst hätten sie in einer offenen deutschen und europäischen Verfassungsdiskussion demokratisch die Voraussetzungen eines vereinten Europas in bezug auf die Gewaltenteilung, Funktionsteilung zwi-

schen Staat und Wirtschaft, Anforderungen an eine dezentrale föderative Gesellschaftsordnung und auf die ökonomischen Strukturelemente für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausloten lassen. Nein, ein Europa der Mündigen darf es nicht geben. Die kleinen Leute sollen hübsch klein bleiben, sonst wären die großen Leute ja nicht so groß.

Daß ich nun in bezug auf das Bodenrecht nicht von Gespenstern rede, will ich wenigstens mit ein paar Zitaten und Hinweisen verdeutlichen. Vorweg sei aber noch vermerkt, daß wir eine solche ökonomische Verblödung in der Politik haben, daß die wenigen Menschen, die sich noch mit Bodenrechtsfragen und daraus resultierenden Ökonomieproblemen befassen, entweder als Kommunisten beschimpft oder in die Nähe der Blut- und Boden-Ideologie der Nazis gerückt werden.

Lebensbasis der Menschen: die Erde

Das Bodenrecht im engeren Sinne befaßt sich mit den be-, ab- und überbaubaren Teilen unseres Planeten; in der Erweiterung kommen Wege-, Wasser- und Schürfrechte hinzu. Aber auch die Nutzung des Luft- und Weltraumes und der Weltmeere gehören zu den Bodenrechtsfragen.

Die Erde ist aller Menschen Lebensbasis, die Frage ist daher, wer wann und zu welchen Bedingungen Teile der Erde für sich oder andere nutzen darf. Wem stehen die Nettoerträge aus der Nutzung der Lebensbasis Erde zu? Wie muß ein Bodenrecht aussehen, das sowohl Bindung, wie auch Mobilität ermöglicht, das einen chancengleichen Zugang zu dem Boden gewährt (Jede Parzelle, jede Quelle, jedes Rohstofflager stellt in sich ein relatives Monopol dar.)?

Man sollte doch annehmen, daß diese Fragen in einem Land mit der angeblich freiheitlichsten Verfassung und einer angeblichen marktwirtschaftlichen Ordnung geklärt wären. Es ist nicht der Fall, weder bei uns noch in den anderen Staaten dieser Welt. (Wenn es so wäre, hätte es sich herumgesprochen.)

Es gibt selbstverständlich unterschiedliche Lösungsversuche. Taiwan soll z. B. sein Bodenrecht an der Landordnung des ehemaligen deutschen Pachtgebiets in Kiautschou ausgerichtet haben.²

Auch soll Israel ein im Vergleich mit anderen Staaten vorbildliches Bodenrecht haben. Soweit ich weiß, war das Anliegen der Bodenrechtsreformbewegung mit der zionistischen Bewegung eng verknüpft. Adolf Damaschke zitiert in „Die Bodenreform“ im Kapitel „Die Bodenreform in Israel“ aus der Bibel 3. Mos. 25, 23. Es heißt dort:

„Ihr sollt den Boden nicht verkaufen ewiglich; denn mein ist das Land; ihr seid nur Gäste und Lehnsträger vor mir.“

Hinter dieser religiösen Anweisung steht ein ökonomisch-ökologischer Sinn. Mir wurde eine Nachricht eines israelischen Bodenrechtlers und Städteplaners vermittelt, die Genugung ausdrückt, in dem auf Israels fortschrittliches Bodenrecht verwiesen wird, aber auch beklagt wird, daß zahlreiche Juden das mangelhafte Bodenrecht in der Bundesrepublik für sich zu nutzen wissen. Ich kann diese Behauptung mit meinen Möglichkeiten weder verifizieren noch quantifizieren. Sollte es so sein, würde ein solcher Tatbestand, wie oben unter Bubis dargelegt, auf die Gesamtheit der Juden zurückfallen. Der Vorgang wäre neue Nahrung für den Antisemitismus, den es zu überwinden gilt.

Wenn von Immobilien gesprochen wird, wird meistens nicht zwischen Boden und Gebäuden unterschieden. Das dient nicht der Klarheit, denn Boden und Gebäude haben einen unterschiedlichen ökonomischen Charakter.

„Die Weißen machten uns viele Versprechen, aber sie hielten nur eines ..., sie versprachen uns, unser Land wegzunehmen, und sie taten es.“

Dies ist kein Zitat aus der Schrift einer extremistischen Gruppe, sondern aus einem Buchprospekt des TIME-LIFE-Verlages. Es ist ein Hinweis auf den vorhiterischen Holocaust, und zwar in Amerika, begangen durch die europäischen Eroberer und Eindringlinge, die vorher häufig aus ihrer durch Landlosigkeit verursachten Armut aus ihrer Heimat vertrieben worden waren. Und wie die Berichte aus den Vorgängen in den südamerikanischen Regenwäldern belegen, ist dieser Holocaust noch Gegenwart. Vielleicht würden wir diese Vorgänge in Südamerika ja überhaupt nicht registrieren, wenn hier nicht gleichzeitig die Vernichtung von Regenwäldern vonstatten ginge und uns dadurch ökologisch bedrohen würde.³

E. I. Friedrich schreibt in der Einführung ihrer weiter oben erwähnten Arbeit:

„Als im Jahre 1855 der Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin Pierce, den Indianern des Stammes Duwamish das Angebot machte, ihr Land zu kaufen, antwortete ihr Häuptling Seattle: `Wie kann man den Himmel kaufen oder verkaufen - oder die Wärme der Erde? Diese Vorstellung ist uns fremd.‘“ In wenigen Worten drückte Seattle aus, was über Jahrhunderte hinweg diskutiert worden ist - stellt der Faktor Boden Privateigentum dar, oder soll er der Verwaltung der Gesellschaft obliegen?“

Parallelen zu Jugoslawien

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien sind aus meiner Sicht in der Hauptsache Landnahmekriege gewesen. Die Zwangs-Befriedung mit Hilfe der Nato kann nur die Form dieser Landnahmekriege wandeln, ihn aber nicht beenden. Eine wirkliche Konfliktlösung in Jugoslawien würde eine Fanal für eine Kurskorrektur Westeuropas sein, weil sich offenbart hätte, daß mit der jetzigen Form der der Vereinigungsbemühungen in Europa die schon lange unbrauchbar gewordenen Rechtsinstitute und Ökonomiestrukturen in das nächste Jahrtausend gerettet werden sollen. Die jetzige Lösung ist aus kapitalistischer Sicht wesentlich angenehmer:

Die Realkapitalvernichtung in Bosnien und anderswo und der Einsatz von der großen Mengen militärischen Materials versprechen eine gute Rendite oder verhindern ihr Absinken.

Friedliches Zusammenleben: auch eine Frage des Bodenrechts

Auch die Frage, ob sich Menschen einer bestimmten Region friedlich von einem Staat lösen, sich verselbständigen oder einem anderen anschließen können, also die Frage nach einer funktionierenden Föderation auf staatlicher Ebene, eine Föderation, die keine Einbahnstraße in Richtung Beitritt ist, hängt wesentlich von der Klärung der Bodenrechtsfragen ab. Was als Sprachen-, Religions- und Nationalitätenproblem an Ursachen für heiße und kalte Bürgerkriege benannt wird, sind häufig nur verdeckte Bodenrechtsprobleme. Ich nenne die Stichworte: Tschetschenien, Baskenland, Nordirland, Südtirol und Korsika.

Ich teile nicht die häufig anzutreffende Meinung, daß die Deutschen für alle Übel dieser Welt verantwortlich sind. Es bleibt aber trotzdem festzustellen, daß das „Volk der Dichter und Denker“ und ihre politischen Repräsentanten ein halbes Jahrhundert nach der schmachvollen Zeit, nach dem Holocaust und nach der Zeit des unverschuldeten Leidens trotz bester Voraussetzungen (kein heißer Krieg, volle Mägen, Dächer über den Kopf, Zugang zu weltweiten Informationen und Muße zum Beobachten und Denken) wesentliche Menschheitsprobleme schuldhaft einer Lösung nicht näher gebracht hat, weder für sich noch für die Menschen anderer Nationen. Die Gnade der späten Geburt schützt uns hier nicht.

Adolf Damaschke zitiert in seinem Buch „Die Bodenreform“ (20. Auflage, 1923, S. 476) Konrad Adenauer aus der Zeit, in der er Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Preußischen Staatsrates war. Das Kapitel, in dem das Zitat steht, wird u. a. von Damaschke eingeleitet mit den Worten:

„Die stärkste Hoffnung bildet die wachsende bewußte Teilnahme der großen Gewerkschaftsorganisationen unserer Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Bodenreform. Sie haben hier ein Gebiet erkannt, in dem alle Richtungen miteinander fruchtbare Arbeit leisten können. Besonders erfolgreich wurden die Kurse, in denen Gewerkschaftsführer sich in diese Fragen hineinarbeiteten.“

Heute, am 20. 12. 1995, brachte die ARD-Tagesschau, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Mieterbund über die Reform des Sozialen Wohnungsbaues beraten hätten. Kein Wort über das Bodenrecht, kein Wort über die Zinslasten, die einen „sozialen“ Wohnungsbau erst erforderlich machen. Auffällig ist die inhaltliche Regression dieser Institutionen. Aber auch bei Adenauer, den überragenden Kanzler der Alt-BRD, kann man diese inhaltliche Regression gegenüber dem Oberbürgermeister aus der Zeit der Weimarer Republik feststellen. (Auch Churchill hat vergessen, welche bodenrechtlichen Einsichten er vertrat, als er die Macht des Staatsapparates noch nicht hatte. Die Frage ist, ob sachgerechte Lösungen in der Demokratie durch das Machtstreben grundsätzlich torpediert werden.) Jetzt folgt die Aussage Adenauers zum Bodenrecht:

„Wir sind die erste Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfang des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden. ...“

Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur - mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben - die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt nichts, wenn Sie nicht das Übel an der Wurzel fassen.“

Ich habe noch nie davon gehört, daß die Junge Union oder eine Organisationseinheit der CDU und CSU über diese Adenauer-Worte ein Seminar abgehalten hat. Bei Friedrich Naumann, dem geistigen Urvater der FDP, findet man sicher ähnliche Aussagen. Rudimentär findet sich das Anliegen einer starken Bodenrechtsreformbewegung vom Anfang des Jahrhunderts auch noch in den Freiburger Thesen der FDP. Im rororo aktuell-Buch 1545, Seite 71, steht noch ganz korrekt:

„Die Entwicklung auf dem Bodenmarkt behindert zunehmend die freie Entfaltung privaten und gesellschaftlichen Lebens. Die Zusammenballung der Menschen in den Stadtregionen einerseits, die Zersiedlung der Landschaft andererseits, technische Entwicklungen, Lebensbedürfnisse der Menschen, Ansprüche des einzelnen und Erfordernisse der Gesellschaft verlangen eine Reform der Bodenrechtsordnung.“

Die Folgerungen daraus sind aber schwammig formuliert, so daß die FDP mit den drei Punkten fortschrittlich dasteht, aber niemandem weh tut.

Problemlösung Bodenrecht bei der deutschen Vereinigung verpaßt

Wenn es im Zusammenhang mit der Vereinigung von DDR und BRD nicht zu Konflikten mit dem Grundeigentum gekommen wäre, hätten die West-Grünen bestimmt noch gar nicht gemerkt, daß hier - nicht nur in sozialökonomischer

Sicht, sondern auch in ökologischer - überhaupt eine wesentliche politische Problemlösungsaufgabe liegt. Die paar Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, die versuchen, den Parteifreunden „Nachhilfeunterricht“ in Sachen Bodenrecht zu erteilen, sind einfach zu wenige.

Hoffnungen auf die SPD ?

Die Sozialdemokraten haben sicher in ihrer über 100jährigen Geschichte Bodenrechtsreformer beherbergt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zwar am 30. April 1992 eine öffentliche Anhörung zur Reform der Bodenordnung durchgeführt (Darüber gibt es auch eine Dokumentation.); die Aussage von Peter von Oertzen - den ich wegen des Themas *neues Bodenrecht und Boden-genossenschaften* als Zwischenlösungen angesprochen hatte - in seinem Brief vom 28. 4. 1978, daß es nur wenige sachkundige Parteifreunde in der SPD gäbe, stimmt trotzdem wohl immer noch.

Die demokratischen Parteien haben es in dem ausgehenden Jahrhundert bisher nicht fertig gebracht, für Frieden, Freiheit und Wohlfahrt wichtige Strukturprobleme in rechtlicher, ökonomischer und ökologischer Hinsicht zu lösen.

Die gleiche Aussage gilt auch für die Parteien der europäischen Nachbarländer. Diese Parteien maßen sich aber an, ohne an den Grundproblemen etwas zu ändern, in den restlichen Jahren dieses Jahrhunderts ein glorreiches vereintes Europa zu schaffen. Die Wirklichkeit - aus der Zukunft rückschauend beobachtet - ist, daß sie die Idee der Demokratie für die Erzeugung heißer Luft verheizt haben. Sie weckten in den Bürgern durch ihre (vielleicht systembedingte) Unfähigkeit das Bedürfnis, wieder glückliche Sklaven sein zu dürfen.

4.3 Die Volksbanken versprechen:

**„Wir machen den Weg frei“
Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die ‘Bauernfänger!’“**

In dem bereits zitierten HAZ-Bericht *„Deutsche haben Angst vor Aufgabe der Mark“* vom 14. 12. 95 ist auch zu lesen:

„Die meisten Banken- und Industrievertreter stehen der Währungsunion überwiegend positiv gegenüber. Es

gibt aber auch kritische Stimmen wie die des Volksbanken-Präsidenten Wolfgang Grüger. Dieser fürchtet hohe Transferzahlungen für die EU-Staaten, die nicht mitmachen können.“

Bei den Genossenschaftsbanken eher Skepsis zu Europa

Unter der Annahme, daß diese Sorge des Volksbanken-Präsidenten zu Recht besteht, wäre seine ablehnende Haltung gegenüber einer Euro-Währung begünstigt - wenn auch schwach -, denn höhere staatliche deutsche Transferzahlungen bedeuten höhere Zwangsabgaben der Bürger zu Lasten ihres Sparvermögens. Geringeres Sparvermögen der Mitglieder der Volks- und Raiffeisenbanken bedeutet für diese eine schrumpfende oder stagnierende Einlagensumme bei vermutlich gleichzeitig steigendem Kreditbedarf.

Die Folge wäre ein schrumpfendes Finanzierungsvolumen von Krediten aus dem Einlagengeschäft und ein stärkerer Rückgriff auf kostenträchtigere Refinanzierungsquellen und somit eine zunehmende Last der Kreditnehmer und unter Umständen eine Schmälerung der Ertragslage der Genossenschaftsbanken.

Ich weiß nicht, ob Grüger bei seinen Äußerungen zu den Transferzahlungen hieran gedacht hat. Diese Vorgänge würden aber auch bei den Sparkassen und Banken zu verzeichnen sein. Wesentlich besser wäre argumentiert: Die Genossenschaftsbanken, als lokal- und regional orientierte Kreditinstitute, haben bei der Einführung einer europäischen Währung hohe Umstellungskosten, aber keine zusätzlichen Erträge. Diese Argumentation ist - wenn auch berechtigt - auch zu schwach, um politische Wirkungen zu zeigen.

Ich habe schon mehrfach im Fernsehen Äußerungen des Unbehagens von Vertretern der Kreditgenossenschaften gehört, die berechtigt aber schlecht begründet waren. Die Argumentationschwäche der Genossenschaftler scheint mir darin begründet zu sein, daß sie das zentrale Anliegen der Gründergenerationen - vorweg ihrer Gründerväter Raiffeisen (1818-1888) und Schulze-Delitzsch (1808-1883) -, nämlich die ökonomische Selbsthilfe und die Überwindung der Hemmnisse und Bedrängnisse im Geldsektor, zu einer Allerwelts-„Unternehmensphilosophie“ verkommen lassen haben.

Unternehmensphilosophien haben nach meiner Einsicht aber keine direkte gesellschaftsrelevante Bedeutung, sondern dienen nur der Mitarbeitermotivation oder der Kundenbindung. Bissig gesprochen, haben die Gründer der Kreditgenossenschaften den hauptamtlichen Funktionären in der Enkel- und Urenkelgenerationen ermöglicht, in die Rolle des Kapitalisten zu schlüpfen und damit sich selbst zum eigenen Feind zu machen. Objektiv geurteilt, erfüllen die Kreditgenossenschaften - auch bei Verdrängung des Gründungsanliegens - eine wichtige Wettbewerbsfunktion im Kreditmarkt.

Es ist wohl der Gang der Geschichte, daß die Revolutionäre der Vergangenheit zu den Konservativen der Gegenwart werden.⁴

Neulich las ich in einer Veröffentlichung eines Genossenschaftsinstituts, daß es heute die Not, die ursprünglich zur Gründung von Genossenschaften geführt hat, ja nicht mehr gäbe. So, als würden beim Konkursrichter und in den Schuldnerberatungsstellen keine Kunden der Kreditgenossenschaften auftauchen. Daß die Not heute vielfach ein anderes Kleid trägt als vor hundert Jahren, wird leicht von denen übersehen, die den Genossenschaftsgedanken nur noch verwalten anstatt ihn weiterzuentwickeln. Aber gehen wir davon aus, daß die Kreditgenossenschaften eben so sind, wie sie geworden sind: Sie wollen ihren Anteil am Spar- und Kreditgeschäft halten oder möglichst ausweiten. Sie lassen seit Jahren eine Werbekampagne mit dem Slogan **Wir machen den Weg frei!** laufen.

Die gezeigten Bildmotive seien anti-ökologisch, klagte 1988 der in diesem Jahr an Krebs gestorbene Redakteur von ANDERS LEBEN, *Erich Hays*. Das sind die Anzeigen in der Tat, sie verstoßen nicht nur gegen den Zeitgeist, sondern auch gegen ökologische Zeiterfordernisse. Die Kreditgenossenschaften sollten die Verantwortlichen für ihre Werbung und ihre Werbeagentur auswechseln. Ich konnte Erich Hays damals mit einem Informationsblatt aus Österreich trösten, in dem sich eine Raiffeisenbank als „*Die Umwelt-Bank*“ offerierte und zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „*Biomasse - eine Energiequelle für das Jahr 2000?*“ einlud.

Aber auch die Textaussagen der Anzeigen stellen eine Verdummung des Publikums, eine Bauernfängerei dar.

Denn wenn ein Mieter mit Hilfe einer Bank Eigentümer einer Wohnung oder eines Hauses wird, dann wechselt er für Jahre nur die (juristische) Person, der er zinstributpflichtig ist.

Es sei erinnert: Zweidrittel bis dreiviertel der Miete sind Zinskosten. Bei hohem Anteil der Fremdfinanzierung von Eigentumswohnungen und Häusern kann dieser Zinstribut für das Wohnen noch steigen.

Ob wir nun aber ein Zinsniveau von real 6%, 9% oder höher haben oder ob es nun pendelt, hängt von der Währungsverfassung ab, künftig also von der Verfassung der Euro-Währung. Wenn nun auch noch die Werbung für die Kreditaufnahme als Verführung zum Schuldenmachen kritisiert wird, dann stellt sich die Frage, mit welchem werblichen Inhalt die Kreditgenossenschaften sich in Erinnerung bringen oder neuem Publikum vorstellen sollen. Ich denke, die Werbung ist die beste, die dem Empfänger einen unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen stiftet.

Eine Werbung z. B. mit dem Inhalt *Bonn sorgt jetzt noch mehr mit höheren Prämien für die Sparer*, wäre keine gute genossenschaftliche Werbung. Nicht nur, daß Schulze-Delitzsch jede Form der Staatshilfe ablehnte (Würde er heute leben, würden die Begriffe Bonn und Brüssel sicher in ihm Unwillen oder gar Abscheu hervorrufen.), sondern auch weil jede Subvention, die der Staat dem einen Genossen (Bürger) gibt, einen anderen ärmer oder schwächer macht. Und wie hoch die Umverteilungskosten sind, weiß auch keiner, auch nicht wer sie letztendlich trägt. Eine genossenschaftliche Werbung, die verspricht, *Wege frei zu machen*, müßte daher mit Nutzen für die Adressaten aufklären:

1. über ökologische Gefahren und ökologische Entwicklungsmöglichkeiten;
2. über neue Formen genossenschaftlicher Kooperation im gewerblichen und sozialen Bereich;
3. über nationale, europäische und weltweite Störquellen in der Ökonomie und deren Beseitigung;
4. über Möglichkeiten der genossenschaftlichen Entwicklungshilfe in Osteuropa und der Dritten Welt und
5. über die mögliche Bildung lokaler oder regionaler Fonds für Schuldnerhilfe, Kulturförderung und Förderung von Begegnungen junger Menschen in

Europa, die aus Spenden und zinslosen Darlehen der Volksbankenkunden gespeist werden.

Mit der unter 5. beschriebenen Maßnahme käme das nichtökonomische Prinzip der Nächstenliebe zur Anwendung. Es könnten punktuelle ökonomische Fehlentwicklungen korrigiert werden. In begründeten Einzelfällen könnte das Elend von überschuldeten Menschen gelindert werden. Das Vaterunser könnte etwas ehrlicher gebetet werden, denn es heißt in ihm ja: „*Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern.*“ Kindergärten könnten mit zinslosen Darlehen (z. B. der Großelterngenerationen) gebaut werden. Die Darlehen oder auch Eigentumsanteile könnten wie eine Staffette durch die Generationen gereicht werden. Und dafür, daß Europa wirklich zusammenwächst, ist erforderlich, daß junge Menschen verschiedener Nationalität und Sprache sich konkret in der Arbeit, in der Aus- und Weiterbildung und beim Spiel kennenlernen können. Der Erfolg solcher Fonds hängt aber auch davon ab, ob die Schröpfung des Bürgers durch den Staat reduziert, die Lohnquote am Volkseinkommen erhöht und die Konjunkturanfälligkeit der Wirtschaft gedämpft werden kann.

Wenn die Genossenschaftsbanken nicht als Geldquelle zur Einspeisung in die beschriebenen Fonds benannt wurden, dann hat das den Grund, daß alles, was die Geno-Bank in einen solchen Fonds einzahlen würde, über Gebühren und Sollzinsen von den Kunden wieder hereingeholt werden müßte. Trotzdem hat die General- oder Vertreterversammlung natürlich die Möglichkeit, beim Beschluß über die Verteilung des Jahresüberschusses, die richtigen Signale zu setzen. Die Fonds sollten getrennt angelegt werden, um Reibereien bei der Verteilung der vermutlich immer knappen Mittel zu reduzieren. Daß bei der Vergabe der Mittel die hauptberuflichen Vertreter der Geno-Banken höchstens eine von mehreren Stimmen haben sollten, versteht sich m. E. von selbst.

Die Anzeige einer neuen Werbekampagne würden dann Bilder zeigen, die die Schönheit der Schöpfung noch erahnen lassen. Die bildhaften Wege, die freigemacht wurden, zwingen einem nicht mehr förmlich, eine öde Durststrecke möglichst schnell zu durchschreiten, sondern sie laden zum Verweilen in Schatten von Bäumen, zum Staunen vor Kulturdenkmälern, zum Besichtigen von

Anzeigenvorschlag:

Wir machen die Wege frei!

Dieses versprochen wir, die Volks- und Raiffeisenbanken, in vielen großen Anzeigen. Wir haben Bedenken bekommen, unser Gewissen plagt uns. Nicht weil wir geworben haben - auch Unternehmen mit einer genossenschaftlichen Basis müssen auf sich aufmerksam machen -, sondern die Art, wie wir geworben haben, erscheint uns im Nachhinein als vollmundig, mit Inhalten, die die Intelligenz der umworbenen Menschen unterschätzte und mit unterlegten Bildern, die das ästhetische Empfinden der BetrachterInnen kränkte und aus der ökologische Aspekte ferngehalten wurden. Dies soll anders werden: Ab jetzt wollen wir so werben, daß nicht nur wir, sondern auch Sie einen Nutzen durch unsere Werbung haben. Wir wollen weniger Anzeigen schalten, aber mehr Informationen liefern, wir wollen Sie einladen, gemeinsam mit uns über eine Ökonomie nachzudenken, die die Arbeitslosigkeit reduziert, die die Schuldenlast erträglich macht und die Finanzarmut von sozialen und kulturellen Einrichtungen beheben hilft.

Eine große Herausforderung ist die Einführung der Europa-Währung bei Verlust der deutschen Währung. Wir wollen nun nicht mit einfachen Sprüchen für oder gegen dieses politische Großprojekt Stellung nehmen, sondern wir laden Sie ein, sich mit uns vor Ort in vertrauter Umgebung durch einen von uns organisierten Wettstreit der Argumente und Gegenargumente zu informieren, damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können. Es ist dabei nicht unser Ziel, durch diese offenen Veranstaltungen eine parteipolitisch orientierte Einheitsmeinung zu formen - unsere Kunden sind schließlich ein Querschnitt der Gesamtgesellschaft -, sondern es geht uns im Sinne Ludwig Erhards, dem ersten Bundeswirtschaftsminister der BRD, darum, das überlebenswichtige Thema Währung nicht allein den Experten zu überlassen. Ihre Referentenvorschläge werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Dies schützt uns vor dem Verdacht der Meinungsmanipulation und erhöht ihre Motivation zur Mitwirkung. Achten Sie auf die Ankündigungen in den Lokal-Zeitungen und auf die Aushänge in Ihrer Genossenschaftsbank.

Über weitere Vorhaben erfahren Sie in den nächsten Anzeigen. Zwischendurch schalten wir Anzeigen, die weniger Informationen enthalten aber die Betrachterin, den Betrachter zum Schmunzeln oder Lachen veranlassen. Zu lachen gibt es im Leben immer zu wenig. Wir wollen versuchen, diese Ungerechtigkeit ein wenig auszugleichen. Unser neues Motto muß zum Ausdruck bringen, daß wir helfen wollen, für unsere Gesellschaft neue wirtschaftlich gangbare und ökologisch sinnvolle Wege in eine friedlichere europäische Zukunft zu suchen. Dabei dürfen wir aber die individuellen Anliegen unserer Kunden hier und heute nicht vernachlässigen. Vielleicht bringt folgender Slogan unser Angebot und Wollen zum Ausdruck:

**Die Genossenschaftsbanken:
Lotsen im unübersichtlichen
ökonomischen Gewässer.
Fordern und testen Sie uns!**

Alternativprojekten und zum Entscheiden an Weggabelungen ein. Abgeleitet von dem hier Gesagten könnte die erste neue Anzeige mit folgendem Inhalt so aussehen: (siehe Anzeige links)

Anmerkungen:

- 1 Siehe „Die Steuer als Instrument der deutschen Bodenpolitik in Tsingtau (1898 - 1914), Tiebrkräfte, Ziele, Ergebnisse“ von Elisabeth Ina Friedrich, Studien und Quellen zur Geschichte Schantung und Tsingtaus, ISSN 0176-321X, Hrsg. Prof. Dr. W. Matzat, 1992
- 2 Da das Bodenrecht in Israel nationalistisch geprägt ist, gilt seine Vorbildlichkeit nur mit Einschränkungen. Die HAZ vom 30. 12. 1995 beschäftigt sich auf der Seite *Blick in die Zeit* mit dem Friedensprozeß in Nahost und berichtet in einem Kasten unter der Überschrift „Vertrieben, unerwünscht, vergessen“ u. a. folgendes: „Nicht alle Palästinenser gehören zu den Gewinnern des Friedensabkommens zwischen der PLO und Israel. Im Libanon sitzen mehrere hunderttausend palästinensische Flüchtlinge fest, die seit der Gründung des jüdischen Staates 1948 von den Israelis aus Palästina vertrieben wurden oder vor der jüdischen Armee nach Norden geflohen waren. ... Aussicht auf eine bessere Zukunft haben diese Menschen auch 47 Jahre nach ihrer Flucht kaum: Sie kommen vor allem aus Galiläa und der Küstenregion - beides Gebiete, die heute israelisches Staatsgebiet sind. Damit der Anteil der arabischen Bevölkerung in dem jüdischen Staat nicht steigt, lehnt Israel eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihrer Heimat kategorisch ab. Ohnehin sind ihre Häuser und ihr Land längst enteignet worden.“ ...
- 3 Aber auch in Nordamerika hat die Landnahme nach römischem Recht den Menschen keinen Frieden und keine Chancengleichheit gebracht. In Focus Nr. 33/95 wird getitelt: „Terror im Wilden Westen - 'Westerner' empfinden Gesetze aus Washington als Gängelung und haben 'Angst vor der eigenen Regierung'. Die Gewalt nimmt zu“. Im Bericht ist zu lesen: „In New Mexico drohten Rancher einem Biologen der nationalen Fischerei- und Wildbehörde damit, ihm eine Kugel in den Kopf zu jagen, falls er sich je wieder blicken lasse. In Oregon gab es Todesdrohungen gegen den Leiter eines Wildparks und dessen Familie. In Nevada kündigten Viehzüchter einem Forstangestellten an, er werde 'von ein paar hundert Männern mit Gewehren empfangen', sollte er es wagen, ihre Schafherden von überweidetem Staatsgrund zu treiben.“
- 4 „Das muß mit dem Bewußt-unbewußt-Verhältnis zu tun haben, denn es ist offenbar ein die ganze Weltgeschichte beherrschendes Gesetz, daß am Schluß alle Institutionalisierungen dazu führen, daß das Gegenteil des ursprünglich Intendierten realisiert wird.“
Alexander Mitscherlich in „Aggression auf dem Sezientisch“, Publik, 4. 9. 1970.